

Antrag

der Fraktion der SPD

Entschließung zu dem Antrag der Fraktion der FDP/DVP – Bürokratieabbau vorantreiben IV – Jetzt Notwehr ergreifen und insbesondere das Handwerk entlasten – Drucksache 17/9592

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

ein zweijähriges Bürokratiemoratorium zu verhängen und neue bürokratische Belastungen auszuschließen, indem sie weder Verordnungen beschließt noch Gesetzentwürfe vorlegt, die in Unternehmen zu zusätzlicher Bürokratie führen, es sei denn, es geht um den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder um faire Wettbewerbsbedingungen.

14.10.2025

Stoch, Binder, Dr. Weirauch
und Fraktion

Begründung

Unternehmen im Land klagen über hohe Belastungen durch bürokratische Vorgaben und sehen dadurch den Wirtschaftsstandort geschwächt. Dem muss viel entschiedener als bislang entgegengesteuert werden, um unnötige Belastungen abzubauen und Unternehmen zu entlasten. Auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leiden unter unnötigen bürokratischen Vorgaben, die nicht nur zu Mehrarbeit führen, sondern auch die Kosten steigen lassen und damit Arbeitsplätze gefährden. Daher braucht es ein Bürokratiemoratorium für Baden-Württemberg. Eine klare Ausnahme gilt dort, wo es um Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder um faire Wettbewerbsbedingungen geht. Regelungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz, zum Mindestlohn oder zur Tariftreue sind keine Belastung, sondern Ausdruck von sozialer Gerechtigkeit und Grundlage guter Arbeit. Ziel ist ein handlungsfähiges Baden-Württemberg mit klaren Regeln für Fairness, Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit – überflüssige Bürokratie muss weg, gute Arbeit bleibt.

Eingegangen: 14.10.2025/Ausgegeben: 15.10.2025

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.